

SVP attackiert Bleiberecht für Kriegsflüchtlinge

Rund ein Fünftel der Asylsuchenden kann heute in der Schweiz bleiben, obwohl ihr Gesuch abgelehnt wurde

DANIEL GERNY

In den Monaten August bis November verzeichnet die Schweiz jeweils die höchsten Asylzahlen. Zu tun hat dies vor allem mit den Wetterbedingungen auf den Fluchtrouten. So verzeichnete die Schweiz 2023 zwischen August und Ende Dezember deutlich mehr als 50 Prozent der Gesuche des gesamten Jahres. Weil in diesem Jahr nur ein kleiner Rückgang der Gesuche erwartet wird wie im letzten Jahr (30 223), stehen Bund, Kantone und Gemeinden erneut vor einer grossen Belastung.

Schon heute steht fest, dass ein grosser Teil der Gesuchsteller keine Chance auf einen positiven Asylentscheid hat. Dennoch werden viele bleiben. Das stösst zunehmend auf Unverständnis. Mit einer grossen Medienkonferenz versuchte die SVP deshalb das Feld mit Blick auf die Herbstmonate zu besetzen. In den Mittelpunkt stellte sie dabei ihre Grenzschutz-Initiative, für die sie seit Mai Unterschriften sammelt. «Die Schweizer Grenzübergänge werden bewacht und die Schweizer Landesgrenze überwacht», lautet deren Kernsatz.

Das Land habe die Kontrolle über seine Grenzen praktisch aufgegeben und könne deshalb die illegale Migration nicht mehr stoppen, sagt die Partei. Dazu, wie viel zusätzliche Grenzkontrollen bringen, könnten schon in einigen Wochen Hinweise vorliegen: Dies, weil der Schutz der Schweizer Grenze während der Olympischen Spiele und der anschliessend stattfindenden Paralympics wegen der Terrorgefahr verstärkt wird. Stimmt die These der SVP, müsste die irreguläre Migration während dieser Zeit zurückgegangen sein.

Attraktivität verlieren

Doch die SVP will mit ihrer Initiative noch ein weiteres Tabu brechen: In Zukunft soll der Status der vorläufigen Aufnahme ersatzlos gestrichen werden. Heute werden Personen vorläufig aufgenommen, die zwar kein Asyl erhalten, aber dennoch nicht weggewiesen werden können. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn jemandem in seinem Heimatland die Todesstrafe droht, ein Land die Rücknahme seiner Staatsangehörigen verweigert oder Krieg herrscht. Obwohl der Begriff der vorläufig Aufgenommenen eine zeitlich beschränkte Aufenthaltsdauer suggeriert, bleiben die meisten während Jahren in der Schweiz. Ende letzten Jahres lebten gemäss Asylstatistik des Staatssekretariats für Migration (SEM) 45 346 vorläufig Aufgenommene in der Schweiz. Das entspricht einem knappen Fünftel aller Personen aus dem Asylbereich. Rund 25 000 von ihnen sind seit mehr als sieben Jahren hier.

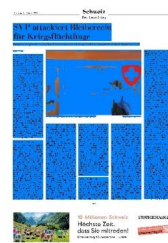
Flüchtlingsorganisationen laufen jedoch Sturm gegen die Abschaffung der vorläufigen Aufnahme. Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel auszuschaffen, auch wenn ihnen bei einer Rückführung Folter oder eine andere Behandlung grausamer Art drohe, verstosse gegen zwingendes Völkerrecht, argumentieren sie. Die Initiative müsse deshalb von der Bundesversammlung für ungültig erklärt werden.

Pascal Schmid, Thurgauer SVP-Nationalrat und Asylchef der Partei, widerspricht dieser Theorie: Die Genfer Flüchtlingskonvention schreibe für solche Fälle nirgendwo einen besonderen Status vor, deshalb sei die Initiative völkerrechtskonform. «Die SVP-Initiative verlangt nicht Rückführungen, wenn jemand an Leib und Leben bedroht ist.»

Die vorläufige Aufnahme brauche es für solche Fälle nicht. Diese Interpretation würde bedeuten, dass in solchen Fällen auch nach Ansicht der SVP nur der Status wegfallen soll, nicht aber das Bleiberecht. An den Asylzahlen würde sich abgesehen von einem möglichen, aber schwer vorhersehbaren Abschreckungseffekt wenig ändern. Davon betroffen wären laut Bundesrat etwa ein Fünftel aller vorläufigen Aufnahmen.

Auch bei all jenen Fällen, bei denen die vorläufige Aufnahme heute gewährt wird, weil die Rückführung unmöglich ist, bliebe die Wirkung voraussichtlich begrenzt. Dies ist etwa dann der Fall, wenn ein Land bei der Rückübernahme seiner Staatsangehörigen nicht kooperiert. Das beste Beispiel dafür ist Eritrea, das es seit Jahren ablehnt, seine Bürgerinnen und Bürger zurückzunehmen. Doch die Streichung des dafür vorgesehenen Status würde an dieser Weigerung nichts ändern – die meisten dieser Personen blieben auch in Zukunft in der Schweiz. Auch hier zählt Schmid vor allem darauf, dass die Schweiz an Attraktivität verlieren würde und die Zahlen auf diese Weise gedrückt würden: Denn Eritreer, die über Italien als sicheren Drittstaat in die Schweiz reisten, hätten künftig kein Anrecht mehr auf Asyl.

Das grösste Problem sieht er allerdings bei jenen Asylsuchenden, die heute in der Schweiz bleiben dürfen, weil eine Rückkehr trotz fehlender Flüchtlingseigenschaft nicht zumutbar ist. Tatsächlich gehören über 70 Prozent aller vorläufig Aufgenommenen dieser Kategorie an. Das SEM und die Gerichte würden den Anwendungsbereich hier sukzessive ausweiten, erklärt Schmid. «Wir wollen, dass diese



ausufernden Möglichkeiten, die das gesamte Asylsystem ad absurdum führen, entfallen.»

Beispiel Afghanistan

Als Beispiel für eine solche Ausweitung nennt Schmid ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom letzten Jahr, wonach eine Familie aus Nordmazedonien mit zwei schwerkranken Kindern in der Schweiz bleiben konnte. Dies, weil die Rückschaffung für die Familie aufgrund der möglicherweise fehlenden medizinischen Behandlung in der sonst sicheren Heimat zu einer konkreten Gefährdung der Kinder führen könnte.

Die meisten Fälle betreffen jedoch nicht solche rechtlich tatsächlich umstrittenen Konstellationen. Die meisten vorläufig Aufgenommenen, nämlich 4706 von 6690, stammten gemäss Asylistatistik 2023 aus Afghanistan. Das widerspiegelt die dramatische Lage in dem Land nach der Machtübernahme durch die Taliban: Auch im übrigen Europa ist die Schutzquote bei Afghaninnen und Afghanen deshalb hoch. In Deutschland beträgt sie gar gegen 99 Prozent.

Auf die Frage, ob die SVP derzeit auch Personen aus Afghanistan in die Heimat zurückschaffen würde, gibt Schmid keine eindeutige Antwort. Das sei ein schwieriges Beispiel. Höchst fraglich sei, ob Afghanistan noch immer so gefährlich sei, wie das SEM behauptete. «Indem Asyilmigranten, die auf ihrem Weg in die Schweiz Dutzende sichere Drittstaaten durchquert haben, bereits an der Grenze abgewiesen werden, dürften die Asylgesuche aber stark zurückgehen.» Details müssen

aber bei der Umsetzung auf Gesetzesstufe geklärt werden.

Um Wirkung zu erzielen, müssten Bundesrat und Parlament dabei aber über punktuelle Anpassungen bei der vorläufigen Aufnahme, wie sie schon heute möglich wäre, deutlich hinausgehen. Sie müssten mit der humanitären Tradition brechen und bereit sein, Flüchtlinge aus Staaten wie Afghanistan im Zweifel als einziges Land in Europa konsequent abzuweisen und zurückzuschaffen. Sonst bliebe die SVP-Forderung nach Abschaffung der vorläufigen Aufnahme trotz ihrer scharfen Formulierung zahlenmässig kaum mehr als ein Papiertiger.

Genau in diese Richtung zielt die Kritik von Alberto Achermann, Professor für Migrationsrecht an der Universität Bern. Die Initiative werde realistischere Auswirkungen auf die Asylzahlen haben, jedoch viele Flüchtlinge in die irreguläre Migration abdrängen, glaubt er. Denn die Initiative bedeute keineswegs, dass die Menschen nicht mehr in die Schweiz kämen. Stattdessen befürchtet er grosse Vollzugsprobleme: Zu den sogenannten Papierlosen und zu abgewiesenen Asylsuchenden, die heute teilweise untertauchen, kämen laut Achermann neue Kategorien von Personen ohne Bleiberecht und ohne Status. Obwohl diese gemäss Wortlaut der Initiative nicht mehr in der Schweiz sein dürften, müssten sie allerdings irgendwo untergebracht werden, weil man sie nirgendwo sonst hinschicken könne.

Sie hätten weiterhin Anrecht auf Nothilfe, aber keine Arbeitserlaubnis. Die ohnehin schon schwierige Integra-

tion würde ganz verunmöglicht, mit allen Folgeproblemen. Hinzu kämen Schwierigkeiten mit den europäischen Nachbarländern, wenn die Schweiz generell nicht mehr bereit wäre, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Deren Wegweisung würde gegen das Europäische Asylsystem verstossen, daher könnte auch Dublin zur Makulatur werden. Heute verpflichtet dieses die Staaten dazu, Personen zurückzunehmen, die in ihrem Land ein Asylgesuch gestellt haben.

Gigantische Sogwirkung

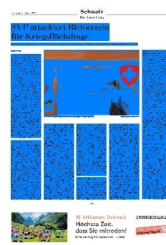
«Die SVP veranstaltet hier ein Riesenchaos», sagt Achermann – eine Formulierung, wie sie auch von bürgerlicher Seite verwendet wird. So sagte der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen im Februar gegenüber der «Aargauer Zeitung», die Initiative sei «der Anfang für ein Asylchaos». Wasserfallen rechnet sogar mit einer Zunahme der Asylzahlen: Ohne Dublin würde die Schweiz zur Asylinsel «mit einer gigantischen Sogwirkung auf alle Asylbewerber, die in anderen Ländern keinen positiven Asylentscheid erhielten».

Aus Sicht der SVP sind solche Szenarien nicht mehr als Angstmacherei. Das Dublin-Abkommen sei ohnehin bereits gescheitert. Dazu, mit welchem Rückgang die SVP bei den Personen im Asylbereich nach der Abschaffung der vorläufigen Aufnahme rechnet, existieren laut dem Asylchef Schmid allerdings keine eigenen Schätzungen. «Fest steht: Wir wollen diesen Status nicht mehr. Er ist ganz einfach ein Einfallstor für den Missbrauch des Asylwesens.»

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

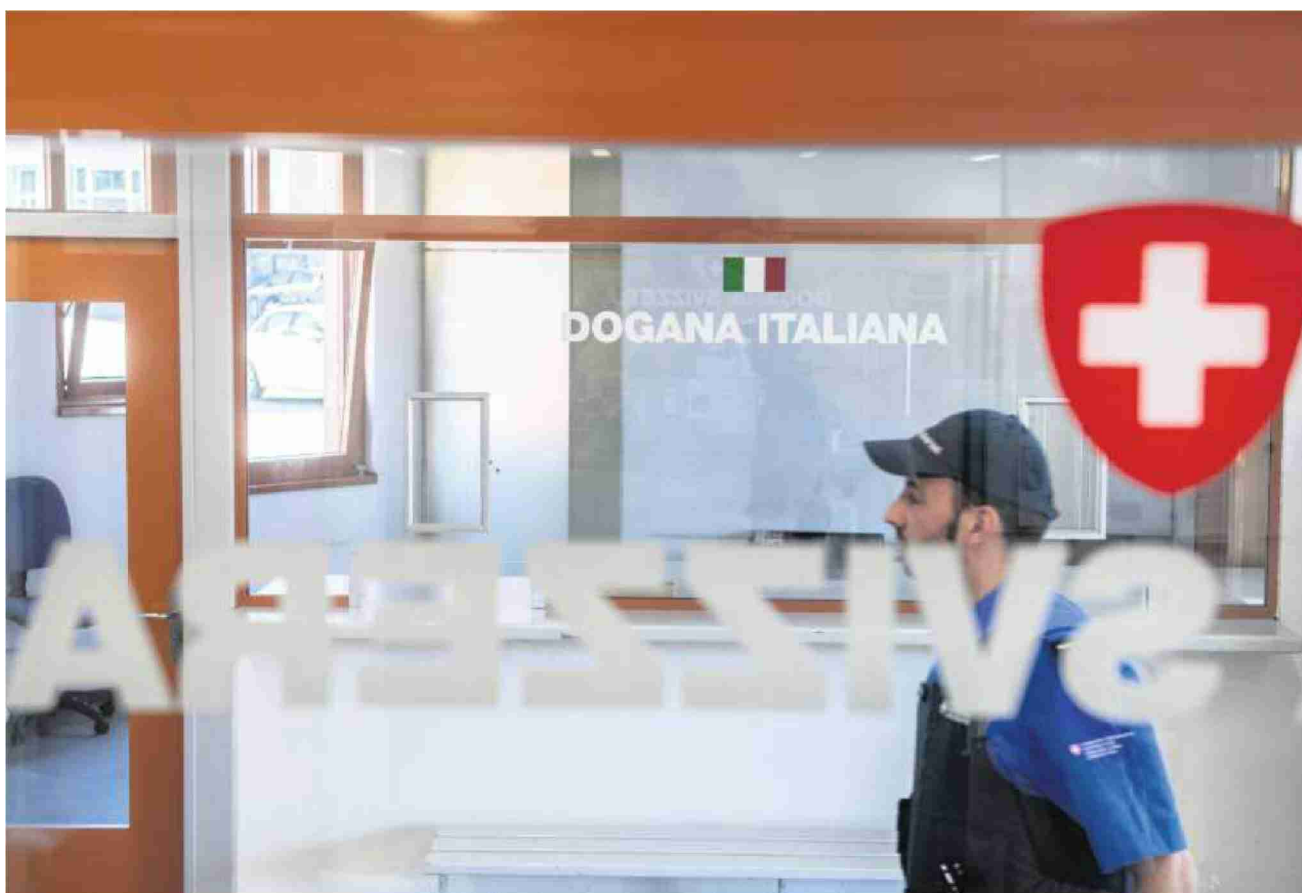
Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 80'908
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 9
Fläche: 94'185 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 92829857
Ausschnitt Seite: 3/3



Die SVP will die Schweizer Grenze wieder stärker bewachen lassen.

FRANCESCA AGOSTA / TI-PRESS / KEYSTON